

Jetzt ist wieder von allen möglichen „Marshall-Plänen“ die Rede: Große Investitionsprogramme sollen die Wirtschaft „ankurbeln“. Aber ohne Bezug zur Realwirtschaft sind solche Programme gar keine Realinvestitionen.

Vom „nation building“ zum „economy building“?

4.März 2012, Gerd Held

Die Sparpolitik führt zu schmerzhaften Einbußen im alltäglichen Leben. Und sie führt auch zu einer Kettenreaktion, die zunächst die Nachfrage verringert und weitere Unternehmen und Arbeitsplätze gefährdet. Ist das Sparen nicht doch falsch? In diese Zweifel hinein stößt eine Idee, der niemand so recht widersprechen mag: das große Investitionsprogramm. Ein solches Programm soll „Impulse“ für ganz neue Wirtschaftsaktivitäten setzen, aus denen dann auch die Schulden bezahlt werden können. Dadurch, so die Botschaft, könne man die schmerzhafteste Korrektur nach unten vermeiden und direkt in eine neue Aufwärtsbewegung kommen. Von einem „neuen Marshallplan“ ist die Rede. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Steinmeier will „Europas Industrie erneuern“. Die große Erzählung vom schlechten Sparen und guten Investieren soll auch dem französischen Präsidentschaftskandidaten Hollande ins Amt verhelfen. Hier geht es nicht nur um Griechenland oder andere Krisenländer, sondern um ein Rezept gegen die Wirtschaftsschwäche des Westens insgesamt. Wird hier - nach der Euphorie des „Nation building“ durch militärisch-politischen Eingriff – nun ein „economy building“ begonnen? Es handelt sich ja wirklich um eine Intervention. Und sie soll nicht nur einzelnen Branchen helfen, sondern will eine Neuaufstellung der Gesamtindustrie bewirken. Gewiss sollte man den Problemdruck nicht ignorieren. Die Produktionsschwäche des Westens ist keine Erfindung, es gibt sie tatsächlich. Große Industrieländer wie die USA, England und Frankreich haben ihre industrielle Basis zu Gunsten von Dienstleistungen stark vernachlässigt. Ihre hohen Konsumraten haben die Zahlungsbilanzen tief in die roten Zahlen gedrückt. Nicht nur in den „verschwenderischen Südländern“, sondern auch in den alten Kernländern des Kapitalismus wurde die Realwirtschaft entwertet. Ein Irrweg, wie sich gezeigt hat. Die Frage ist jedoch, ob das große Investieren der Schlüssel zu einer besseren Entwicklung ist.

Bei näherem Hinsehen ist Forderung nach neuen Aufbauprogrammen sehr vage. Um welche Investitionen geht es eigentlich? Soll es die Leichtindustrie sein oder der Grundstoffsektor? Mit welchen Preisen und Kosten will man produzieren? Das DIW stellte kürzlich seinen Wochenbericht unter die Überschrift „Griechenland: Endlich eine Industrie aufbauen“; es konnte keine einzige Hoffungsbranche und keine beispielgebende Region benennen. So ist eine sehr abstrakte „Industrie“, die da im Geiste gebaut wird – eine Industrie ohne bestimmte Industriegüter, ohne Fabrikgrößen, ohne Stammebelegschaft und Unternehmertradition. So konkret müsse es nicht sein, heißt es, man wolle nur die „Voraussetzungen“ für neue Aktivitäten schaffen. Die vielzitierten Infrastrukturen sollen es bringen. Doch sind die Erfahrungen mit den bereits bestehenden EU-Strukturfonds ernüchternd. Eine Autobahn im griechischen Westthrakien ist nicht das Element, auf das eine neue Gründergeneration nur gewartet hat, um

endlich loslegen zu können. Oft werden die verbesserten Netze für Verkehr, Energie oder Information von denen genutzt, die eher auf Immobiliengewinne setzen als auf Industrieerträge. Leider ist Ähnliches auch von den Investitionen in Bildung zu berichten. Europa hat nicht nur seine Autobahnen verlängert, sondern auch die Zeit, die junge Menschen im Bildungssystem zubringen. Eine Generation, die Lust auf das Produzieren und Verkaufen hat, ist so nicht entstanden. In mancher fleißigen Region, in der die Eltern Do-it-yourself-Unternehmer waren und dann ihre Kinder voller Hoffnung an die Universität schickten, wollen diese heute von den heimischen Industrien nichts mehr wissen.

Diese Fehlentwicklungen bringen ein grundsätzliches Manko der großen Investitionsprogramme ans Licht. Ihre Neubauten bleiben hohle Gehäuse. Die Verbindung von den „Voraussetzungen“ zum realen Wirtschaftsleben funktioniert nicht. Industrieller Geist, so lehrt die Wirtschaftsgeschichte immer wieder, entsteht anders – näher am realen Marktgeschehen. Es muss schon einen Anfang beim Produzieren und Verkaufen geben. Hier ignorieren die neuen Marshallplan-Ideen ein hartes Faktum der aktuellen Märkte: Die Preise für die meisten Industriegüter sind nicht so hoch, dass sich die stark angestiegenen Kosten für Arbeit, Rohstoffe und Energie rechnen würden. Die Struktur-Investitionen bereinigen diese Situation nicht. Sie führen selten zu einer Kostensenkung. Viele soziale und ökologische Maßnahmen bewirken sogar Verteuerungen. Kurzum, die Idee des großen Investierens verfehlt die Ursachen der Deindustrialisierung.

Wer das bedenkt, kann einen neuen, tieferen Sinn in der Sparpolitik der öffentlichen Hand entdecken – auch in der schmerzhaften Abwärtsbewegung, die sie zunächst auf den Märkten auslöst. Diese Bewegung dient einer Preiskorrektur, die einem unternehmerischen Neuanfang überhaupt erst die Luft zum Atmen gibt. Diese Korrektur ist die wichtigste Voraussetzung für eine lebensfähige Industrie. Die Sparpolitik in der Schuldenkrise ist also nicht nur eine engstirnige Bürokraten-Idee, sondern sie ist wirtschaftlich weitsichtig. Sie folgt der Einsicht, dass eine nachhaltige Korrektur bei Kosten und Preisen notwendig ist, wenn Europa und Nordamerika ihre Produktionsschwäche überwinden wollen. Es ist wahr: Wir können und sollen um unsere Industrie kämpfen. Aber dabei wird ein ausgabenschwerer Staat immer mehr zur Belastung. Eine grundlegende Ausgabenkorrektur ist unumgänglich. Sie ist die klügere Alternative im Vergleich zu einem künstlichen „Economy building“, das eine Korrektur der Märkte zu umgehen versucht.

Diese Einsicht hat auch eine Konsequenz für die Währungspolitik. Es gibt Länder wie Frankreich und England, aber auch Italien und Spanien, die darauf hoffen können, ihre industriellen Fähigkeiten durch einzelne, sozial abgefederte Einschnitte wiederzugewinnen. Und es gibt gescheiterte Volkswirtschaften wie Griechenland, denen eine wirkliche Industrialisierung bisher nicht gelungen ist. Die erste Ländergruppe kann mit einem festen Euro leben, die andere Gruppe braucht die Möglichkeit, durch Abwertungen die Rückstände im Wettbewerb immer wieder abzufedern. Hier brauchen die einzelnen Länder die eigene Währung als Übergang und Entwicklungs-Brücke. In der Euro-Gruppe kann Griechenland nicht gewinnen. Europa ist nur lebensfähig, wenn es die Kraft aufbringt, zwischen verschiedenen volkswirtschaftlichen Grundsituationen zu unterscheiden.

(Manuskript 4.3.2012, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT am 9.3.2012 unter der Überschrift „Bloß keinen Marshallplan“)